

Zeitschrift: Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Bern
Band: 90 (2013)

Artikel: Staatswerdung und Verwaltung nach dem Muster von Bern : wie der Staat vom Mittelalter an entstand und sein Territorium verwaltete - und wie die Bevölkerung damit lebte
Autor: Dubler, Anne-Marie
Kapitel: 4: Berns Herrschaft über den Oberaargau : Aufbau der bernischen Landesverwaltung in feindlichem Umfeld
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1071015>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

4. Berns Herrschaft über den Oberraargau

Aufbau der bernischen Landes- verwaltung in feindlichem Umfeld*

Der Aufbau von Landesverwaltungen – von Verwaltungen ganzer Landesgegenden durch Städte auf dem Weg zur Landesherrschaft in Stadtstaaten – ist eines der grossen Themen in der Eidgenossenschaft des 15. Jahrhunderts, das sich im 15. Jahrhundert aber keineswegs erschöpfte, sondern sich über zwei, drei Jahrhunderte hinzog und in seinem Verlauf von grosser Vielfalt war.

Die vorliegende Studie über den Aufbau der bernischen Landesverwaltung im Oberraargau basiert auf der Rechtsquellenedition «Das Recht im Oberraargau» und damit auf eingehender Quellenarbeit. Diese hat zu einer neuen, vertieften Sicht des geschichtlichen Ablaufs geführt. Das besondere Augenmerk galt dabei einer

* Erstveröffentlichung des Artikels in: Jahrbuch des Oberraargaus, 1999, 69–94.
http://www.digibern.ch/jahrbuch_oberraargau/jahrbuch_1999/JBOAG_1999_069_094_herrschaft_bern.pdf

möglichst zeitgerechten, möglichst realistischen Interpretation der Quellen. Der Verlauf des historischen Geschehens sollte aus dem Erlebniskreis der jeweiligen Zeitgenossen heraus interpretiert und nicht in der retrospektiven Sicht des erfolgreichen bernischen Ancien Régime betrachtet werden. Quellentreue beginnt bei der korrekten Anwendung damaliger Begriffe und Termini der Verwaltungssprache: Im 15. und 16. Jahrhundert sprach man in Bern wie im Oberraargau vom «Vogt» und seiner «Vogtei»; erst das 17. Jahrhundert ging allmählich auf die im deutschen Reich üblichen Formen von «Landvogt» und «Landvogtei» über. Ob schon diese erst im 18. Jahrhundert neben «Amtmann» und «Amt» oder «Amtsverwaltung» vorherrschend wurden, haben sie doch bis heute das bernische Geschichtsverständnis geprägt. Der Begriff «Twing» stand sowohl für das Niedergerichtsrecht als auch für den Gerichtsbezirk; der «Twingherr» war der Gerichtsherr und Inhaber einer «Twingherrschaft».

Der Aufbau der bernischen Landesverwaltung im Oberraargau war ein komplizierter und langwieriger Prozess, der sich von der Entwicklung in anderen Landesgegenden deutlich unterschied, weil die Ausgangslage eine besondere war. Vor allem fehlte der bernischen Regierung damals noch die Erfahrung zum Aufbau von Verwaltungen über ein derart ausgedehntes Territorium. Der Aufbauprozess verlief daher keineswegs so zielsicher, wie er im Nachhinein erscheinen mochte. Es waren vielerlei Versuche nötig, die nicht immer zu gangbaren Wegen führten und die auch leicht zu Ungunsten Berns hätten ausfallen können. Dies zeigte sich nicht zuletzt beim mühsamen Weg, den Oberraargau in Verwaltungseinheiten zu gliedern. Um ein möglichst eingängiges Bild der geschichtlichen Entwicklung zu erhalten, wird der Aufbauprozess folgend am territorialen Wandel dargestellt und anhand von Karten visualisiert. Zu Beginn sollen einige rechtshistorische Begriffe aus dem Umkreis der Herrschafts- und Landesverwaltung erläutert werden.

Was verstehen wir unter Herrschaft, Adelsherrschaft und Landesverwaltung?

Was hat «Herrschaft» im späten Mittelalter beinhaltet? Spätmittelalterliche Herrschaft beruhte auf verschiedenen Komponenten, unter denen drei zu den Hauptsäulen zählten, nämlich Gerichtsherrschaft, Grundherrschaft und Leibherrschaft.

Gerichtsherrschaft bestand aus einer oberen oder Hoch- und Blutgerichtsbarkeit über Kapitalverbrechen und einer unteren oder Niedergerichtsbarkeit über Alltagsdelikte, beide mit einem ähnlichen inneren Aufbau: Der Gerichtsherr, ob Landrichter am Hoch- und Blutgericht oder Twingherr am Niedergericht, konnte kraft seines Richteramtes Strafen verhängen und bezog dafür eine Belohnung in Form von Einkünften.

Jedes Gericht bildete einen Gerichtsbezirk, dessen Grenzen bekannt waren, lange allerdings nur in mündlicher Überlieferung und erst später auch schriftlich. Grundherrschaft bedeutete Eigentum beziehungsweise Herrschaft über Grund und Boden und den damit verbundenen Rechten. Auch der Grundherr bezog Einkünfte, und seine Grundherrschaft war ein durch Grenzen definiertes Territorium, ob klein (Hof) oder gross (Dorf, Dörfer). Leibherrschaft war Eigentum beziehungsweise Herrschaft über Menschen. Der Leibherr bezog Einkünfte von seinen Eigenleuten. Diese waren in einem Personalverband organisiert, der sich nicht an territorialen Grenzen orientierte, sondern auf den Leibherrn ausgerichtet und an diesen gebunden war.

Komponenten der spätmittelalterlichen Herrschaft		
Gerichtsherrschaft	Grundherrschaft	Leibherrschaft
<i>Hoch- und Blutgerichtsbarkeit</i>	<i>Eigentum und Herrschaft</i>	<i>Eigentum und Herrschaft</i>
<i>Strafen:</i> hohe Bussen, Todesstrafe und Exekution	an und über Höfe, Allmenden, Wälder, Bäche und Flüsse	an und über Eigenleute
<i>Einkünfte:</i> Bussen, Regalien (u.a. Jagd), Frondienste	Eigentum an Ehaften	
<i>Bezirk:</i> (Land-)Grafschaft, Landgericht		
Niedergerichtsbarkeit		
<i>Strafen:</i> kleine Bussen		
<i>Einkünfte:</i> Bussen und Gebühren Frondienste	<i>Einkünfte:</i> Natural- und Geldzinsen und Zehnten Frondienste	<i>Einkünfte:</i> Kopfsteuer Frondienste
<i>Bezirk:</i> Twingherrschaft	<i>Bezirk:</i> Dorf, Weiler, Einzelhöfe	<i>Kein Bezirk:</i> Personalverband

Was hat «Adelsherrschaft» im späten Mittelalter beinhaltet? Adelsherrschaft konnte sich aus mehreren Komponenten zusammensetzen: Basis waren die Eigengüter, das sogenannte Allod, und der zugehörige Adelssitz. Je nach ökonomischer Stellung des Adligen konnten Allod und Sitz von unterschiedlicher Ausdehnung und Bedeutung sein. Der Adelige konnte in seiner Herrschaftsverwaltung weitere Güter und Rechte vereinen, so in Form von Lehen, die ihm vom Reich oder einem übergeordneten Dienstherrn zur Nutzung übertragen waren, oder von Ämtern in Gericht oder Verwaltung, die er ausübte und aus denen er Einkünfte bezog, oder von Pfandschaften, das heisst von Gütern oder Herrschaften, die ihm vom Eigentümer pfandweise zur Nutzung und Verwaltung übergeben wurden, die der Eigentümer gegen Bezahlung der Pfandsumme aber wieder an sich nehmen konnte. «Herrschaft» konnte vieles sein: Volle Herrschaft mit Grund-, Gerichts- und Leibherrschaft oder nur Teilherrschaft, so etwa nur Niedergerichtsherrschaft; sie konnte sogar auch bloss fiskalisch zu nutzende Einzelrechte wie etwa Zölle (Brücken-, Strassen-, Torzölle) oder Führen (Fährgeld) umfassen.

Komponenten der spätmittelalterlichen Adelsherrschaft	
<i>Eigengüter</i>	Allod: Höfe, Dörfer und ganze Kirchspiele
<i>mit einem Adelssitz</i>	Burg mit Eigenhof oder Burgen mit Eigenhöfen
<i>Lehen</i>	Herrschaftslehen vom Reich oder von übergeordneten Dienstherrn
<i>Ämter</i>	im Gerichtswesen und in der Verwaltung (Landgrafenamt, Kastvogtei, Meieramt)
<i>Pfandschaften</i>	einzelne Güter oder ganze Herrschaften, als Pfand erworben, das vom Eigentümer ausgelöst werden kann

Was bedeutete «Landesverwaltung» im späten Mittelalter? Die Landesverwaltung der Stadt Bern im Ob- und Nid- u. Aargau war eine Vogteiverwaltung nach dem Muster der älteren Herrschaftsverwaltung durch den Adel. Die Verwaltungseinheit hiess «Vogtei», der Verwaltungsbeamte war der «Vogt». Die spätmittelalterliche Herrschafts- und auch Landesverwaltung zeichnete sich durch Einfachheit und mit Ausnahmen durch Schriftarmut aus. Erst im 16. Jahrhundert wurde die jährliche schriftliche Rechnungsablage, die Anfertigung von Güterverzeichnissen, Urbare genannt, und von Zinsbüchern üblich und damit eine Amtsschreiberei nötig. Immer neue Aufgaben blähten folgend das Pflichtenheft des Vogts auf, bis das Ver-

waltungsamt im Ancien Régime schliesslich zum Job eines «Generalmanagers» angewachsen war.

**Komponenten der bernischen Landesverwaltung
am Beispiel der Landvogteiverwaltung des Ancien Régime**

<i>Gerichtsverwaltung</i>	Hoch- und Blutgericht (Stock und Galgen), Niedergerichte (Twing und Bann)
<i>Güterverwaltung</i>	Schlosshof (Domäne), Lehenhöfe, Boden- und Geldzinse, Zehnten
<i>Finanzverwaltung</i>	Zoll- und Steuerverwaltung, Geldverleih
<i>Bauverwaltung</i>	Bau und Unterhalt obrigkeitlicher Gebäude, Bau und Unterhalt der Brücken und Verkehrswege
<i>Landes- und Kriegsvorsorge</i>	Bau und Unterhalt von Korn- und Salzhäusern
<i>Militärverwaltung</i>	Zeughausverwaltung, Waffeninspektion, Mobilmachung im Kriegsfall

Der Aufbau einer Vogteiverwaltung ging in der Regel wie folgt vor sich: Mit dem Kauf einer Herrschaft trat der Käufer (so auch Bern) in die Rechte und Pflichten des adeligen oder burgerlichen Vorgängers, der ihm mit dem Kaufvertrag zugleich auch das Verwaltungsschriftgut aushändigte. Meist übernahm der Käufer bei Antritt der Herrschaft die bestehende Infrastruktur. Der vom Käufer eingesetzte Vogt trat eine eingeführte Verwaltung und ein durch Tradition bestimmtes Einkünftpaket an Naturalien und Geld an, das er für seinen Herrn einzutreiben hatte und an dem ihm ein Anteil zukam. Er sass auf der Burg wie vor ihm der Adelige oder dessen Vogt, betrieb den Burghof und hielt Gericht wie sein Vorgänger. Von dieser allgemeinen Regel wichen aber die Verhältnisse im Oberraargau kräftig ab, wie zu zeigen sein wird.

Der Oberraargau im Rückblick auf das Ancien Régime

Der Oberraargau ist eine Region im Kanton Bern – nicht etwa im Kanton Aargau, wie dies der Name vermuten liesse. Anders als die Landschaft Emmental war der Oberraargau aber weder als Landesteil noch rechtlich und historisch eine festumrissene Einheit. Der ab 861 erscheinende Begriff «oberer Aargau» (*in superiori pago*

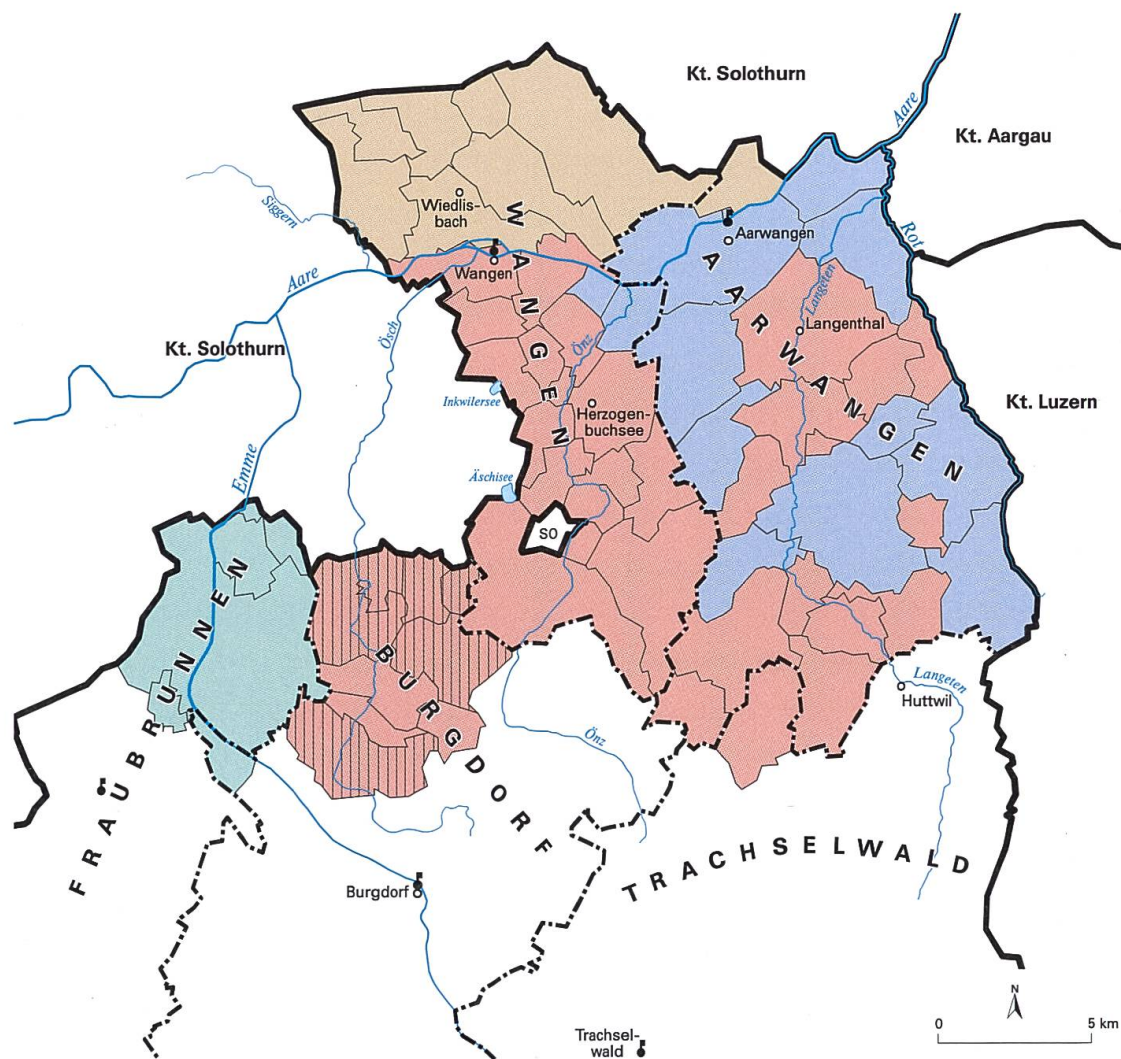
Aragauginse) kennzeichnete ihn als oberen Teil des Aare-Gaus von Murgenthal aareaufwärts bis zum Thunersee. Heute verstehen wir unter Oberaargau die nord-östliche Ecke des Kantons Bern – geografisch das Mittelland zwischen Napf und Jura, von Burgdorf im Süden bis auf die erste Jurakette im Norden und von den Bächen Rot und Murg im Osten bis an die Emme im Westen, und politisch die Amtsbezirke Aarwangen und Wangen als Kerngebiet sowie die Amtsbezirke Burgdorf und Fraubrunnen ganz oder zum Teil – ein Gebietsumfang, der sich historisch aus dem Gebietsumfang der ehemaligen Landvogteien erklärt (Karte 1). Dagegen besteht der ab 2010 geltende Verwaltungskreis Oberaargau nur aus den Amtsbezirken Aarwangen und Wangen sowie den nördlichen Gemeinden des Amtsbezirks Trachselwald.

Der territoriale Aufbau der Landvogteiverwaltung war erst im Ancien Régime zum Abschluss gekommen, nachdem der bernische Oberaargau die heutige Ausdehnung erreicht hatte. Er umfasste damals vier Landvogteien, nämlich Wangen, Aarwangen, Landshut und Bipp sowie die Twingherrschaften der Vogtei Thorberg (Karte 2).

Zur Landvogtei Bipp: 1413 erwarben Bern und Solothurn gemeinsam die Herrschaften Bipp und Bechburg von Graf Otto von Thierstein und verwalteten sie bis 1463 gemeinsam. Bei der Teilung 1463 fiel das Bipperamt an Bern mit dem Städtchen Wiedlisbach und mehreren Dörfern, darunter Attiswil, Nieder- und Oberbipp, und mit voller Gerichtsbarkeit. Amtssitz des Vogts war Schloss Bipp.

Zur Landvogtei Landshut: 1510 und 1514 erwarb Bern von Ludwig von Diesbach in zwei Schritten die Herrschaft Landshut mit Schloss und Schlossgütern und den Twingen Bätterkinden und Utzenstorf und erhob sie in den Rang einer Vogtei mit voller Gerichtsbarkeit. Amtssitz des Vogts war Schloss Landshut.

Die Vogteien Bipp und Landshut hatten eine einheitliche, übersichtliche Herrschafts- und Besitzstruktur. Sie verfügten beide über hohe und niedere Gerichte. In beiden Vogteien waren Bern und seine Vögte alleinige Herren. Hier verlief daher der Aufbau der Vogteiverwaltung nach der skizzierten Regel: Übernahme der Verwaltungsstruktur, des Verwaltungsschriftguts – im Fall von Landshut ein vorzügliches Herrschaftsarchiv, so mit den prächtigen Urbaren der Bernburger von Ringoltingen – und Weiterführung der Verwaltung, gestützt auf das überlieferte Herrschaftsrecht. Im Kanton Bern wurden 1803 das Bipperamt dem Amtsbezirk Wangen und die Vogtei Landshut dem Amtsbezirk Fraubrunnen zugeteilt, was in beiden Fällen durch gemeinsame Landschreibereien – in Wangen ab 1540 und in Landshut ab 1755 – vorbereitet war.



Landvogteien

- Wangen
- Aarwangen
- Bipp
- Landshut
- Thorberg

Amtsbezirke heute

- WANGEN** Amtsbezirk Stadt, Markort
- Amtsbezirksgrenze Amtssitz
- Kantonsgrenze

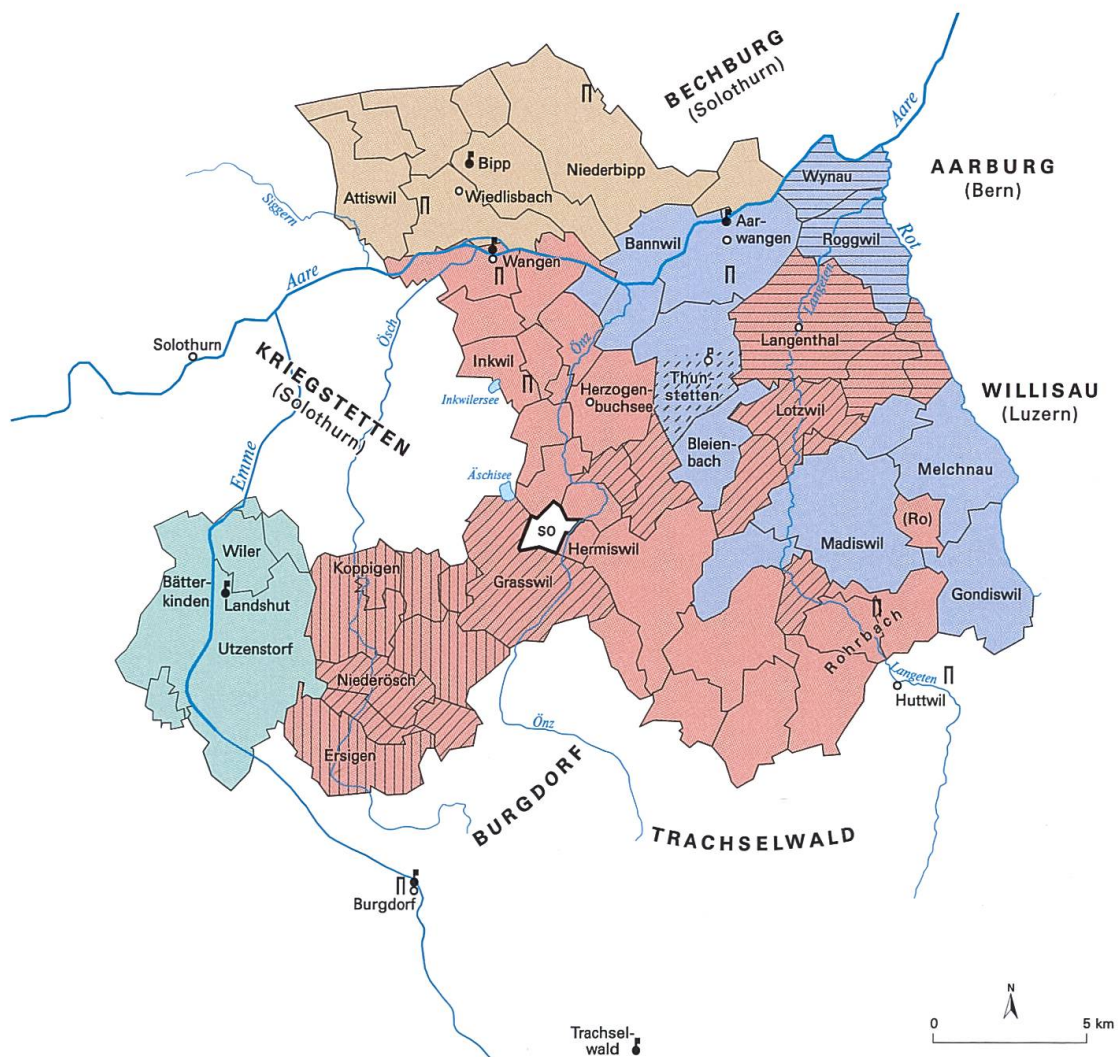
Karte 1: Der bernische Oberaargau politisch und administrativ:
Landvogteien bis 1798 und heutige Amtsbezirke

Mit den überschaubaren Verhältnissen von Bipp und Landshut kontrastierten jene der grossen Landvogteien Wangen und Aarwangen stark: Hier war der Landvogt nicht alleine Herr, womit gleich auf ein Charakteristikum des Oberaargaus hinzuweisen ist: Er war das Land der vielen kleinen und mittleren geistlichen und weltlichen Twingherren, über die dem Vogt die Oberherrschaft zukam; allerdings musste er diese zuerst erringen. Erst im Ancien Régime (Karte 2) hatte Bern die volle Landesherrschaft erreicht, was nicht zuletzt durch die starke Verminderung der ursprünglich hohen Zahl an nichtbernischen Twingherren möglich wurde.

Zur Landvogtei Aarwangen: Sie bestand aus zwei nicht zusammenhängenden Teilen; im Norden ein Komplex mit der ehemaligen Adelsherrschaft Aarwangen und den Dörfern Berken, Graben, Bannwil und Bleienbach, mit der ehemaligen Johanniterherrschaft Thunstetten sowie den Twingherrschaften Wynau und Roggwil der Abtei St. Urban. Der Komplex im Süden bestand aus der ehemaligen Herrschaft der Freiherren von Grünenberg mit Melchnau, Gondiswil, Madiswil, Busswil und Leimiswil. Amtssitz des Vogts war Schloss Aarwangen. Im 18. Jahrhundert unterstanden dem Landvogt nur noch zwei Twingherren – der Abt von St. Urban und seit 1721 der Herr auf Schloss Thunstetten.

Zur Landvogtei Wangen: Das mehrlappige Gebiet umfasste die St. Urbaner Twingherrschaft Langenthal mit Schoren und Steckholz, die Twingherrschaften der Stadt Burgdorf mit Lotzwil-Gutenberg, Rütschelen mit Wil, Thörigen, Bettenhausen, Kleindietwil, Grasswil mit Seeberg und Rietwil, Nieder- und Oberösch, ferner im Norden die ehemalige Propsteiherrschaft Wangen mit dem Städtchen Wangen, mit Wangenried und Walliswil und südlich davon die ehemalige Propstei Herzogenbuchsee mit dem Markort Herzogenbuchsee, mit Ober- und Niederönz, Wanzwil, Röthenbach und Heimenhausen. Ferner zählten dazu Inkwil, südlich anschliessend Bollodingen und Ochlenberg in den Buchsibergen sowie südlich des solothurnischen Steinhofs das erst 1665 bernisch gewordene Hermiswil, in der höheren Hügelzone sodann Ursenbach, Walterswil, Oeschenbach und Rohrbach mit Reisiswil.

Zur Vogtei Thorberg: Im Westen – im Hochgerichts- und Militärbezirk der Landvogtei Wangen – lagen die zwei Twingherrschaften Ersigen-Rudswil und Koppigen mit den Dörfern Koppigen, Willadingen, Höchstetten, Hellsau, Alchenstorf und Wil, die in die Verwaltung der Vogtei und ehemaligen Kartause Thorberg gehörten. Amtssitz der Landvogtei Wangen war die bis ins 18. Jahrhundert prächtig umgebaute und erweiterte Stadtburg der Kiburger. Dem Landvogt unterstanden damals noch drei Twingherren – der Abt von St. Urban, die Stadt Burgdorf und der Kollege Vogt auf Thorberg.



Landvogteien

	Wangen
	Aarwangen
	Bipp
	Landshut
	Thorberg

Herrschaften

	Stadt Burgdorf
	Abtei St. Urban
	Thunstetten

- Stadt, Markort
- Π Hochgerichtsstätte
- ♣ Bernischer Vogteisitz
- ♂ Herrschaftssitz

Karte 2: Landvogteien und Herrschaften im Oberaargau des Ancien Régime

Angrenzer waren Solothurn mit den Amteien Kriegstetten und Bechburg, Luzern mit der Landvogtei Willisau sowie Bern selbst mit den Landvogteien Aargau (seit 1803 Kanton Aargau), Trachselwald und dem Schultheissenamt Burgdorf.

Die Ausgangslage: Der spätmittelalterliche Obergeraargau

Im späten Mittelalter hatte die Herrschaftsstruktur des Obergeraugs noch deutlich anders ausgesehen. Hier herrschte eine kleinräumige Herrschaftsstruktur mit Herrschaften des Adels und ritterlicher Dienstleute vor, dominiert von zwei Grafenhäusern, den Grafen von Neu-Kiburg südlich und den Grafen von Neuenburg-Nidau nördlich der Aare. Beiden Häusern war der Aufbau eines Fürstenstaats – etwa nach dem späteren Muster der Fürstbischöfe im Jura – nicht gelungen. Vielmehr gerieten sie ab 1350 immer tiefer in Schulden, und vor allem Kiburg büsste Rechte und Dörfer, Herrschaftsteile und ganze Herrschaften durch Verpfändungen und Verkäufe ein. Grosse Erbschaften wie das Bipperramt, das 1379 nach dem Tod des Grafen Rudolf von Neuenburg-Nidau an die Kiburger fiel, konnten den Niedergang nicht aufhalten. Erst durch diese Erbschaft kam die Verbindung des Bipperramts mit dem Obergeraau zustande.

Dafür gelang den Städten dank ihrer Finanzkraft der Aufbau von Stadtstaaten auf Kosten der Grafen und des niederen Adels. Auf Gebietserweiterung im Grossraum Obergeraau erpicht waren besonders die Städte Bern, Luzern und Solothurn. Da sich die drei Städte als Konkurrentinnen gegenseitig ganze Landstriche wegschnappten, wie etwa Luzern die Grafschaft Willisau 1407 vor dem bevorstehenden Zugriff Berns, fanden Gebietserwerbungen trotz vorsichtiger Vorbereitung am Ende oft in Hektik statt.

Wir werden nun die folgenden Fragen zu beantworten haben: Was hat die Stadt Bern im Obergeraau erworben, und was hat sie mit dem Erworbenen gemacht?

Was erwarb die Stadt Bern im Obergeraau?

Die Stadt Bern hat ihre Gebietserwerbungen oft lange vorher vorbereitet, aber die Übernahme der Territorien war schliesslich meist eher vom Zufall diktiert. Berns

erste grosse Chance im Oberaargau war der von den Grafen ausgelöste und für diese in einer Katastrophe endende Burgdorferkrieg von 1382, der die Grafen 1384 zum Verkauf ihrer Städte Thun und Burgdorf an Bern zwang. Burgdorf war seit dem 13. Jahrhundert das kiburgische Verwaltungszentrum im Oberaargau gewesen. Nach diesem unersetzlichen Verlust verlegten die Grafen ihren Sitz samt ihrer Münzstätte von Schloss Burgdorf in ihre zweitrangige Stadtburg Wangen. Offensichtlich unterblieb damals die Erneuerung beziehungsweise der Wiederaufbau der kiburgischen Herrschaftsverwaltung.

Bern seinerseits fasste mit Burgdorf erstmals Fuss im Oberaargau, noch bevor dieser selbst anfiel. Im Schultheissenamt Burgdorf richtete es eine reine Stadtverwaltung ein. Dieser Sachverhalt wirkte sich in der Folge auf den Aufbau der bernischen Landesverwaltung im Oberaargau aus.

Ebenso überraschend, wie Burgdorf an Bern gefallen war, gestaltete sich rund zwanzig Jahre später die Übergabe der kiburgischen Rechte im Oberaargau an Bern. Es begann damit, dass Graf Egon von Kiburg am 27. August 1406 alle seine ererbten Rechte an den Herrschaften Bipp und Erlinsburg und an Wiedlisbach den Städten Bern und Solothurn übertrug, was dann 1413 zum Kauf dieser Herrschaften durch die beiden Städte führte. Bereits am Tag darauf, am 28. August 1406, übergaben die Grafen Berchtold und Egon, Onkel und Neffe, ihre gemeinsamen Rechte an der Landgrafschaft Burgund mit Wangen und Herzogenbuchsee der Stadt Bern gegen eine Leibrente.

In dieser Urkunde, von den Grafen selbst als «Gab-Brief» (Geschenkurkunde) bezeichnet, übergaben diese *aller und ieklicher ûnser manschaften und lechnen und darzuo aller pfantschaften und pfantgüetren, so von ûns oder von ûnsren vordren verpfent sint und dar rüeret, ez sie [...] die lantgrafschaft in Bûrgendon mit Wangen und dem hof ze Buchsi [...]*. Laut «Gab-Brief» erhielt Bern somit die Landgrafschaft Burgund. Diese ist seit dem 13. Jahrhundert als Rechts- und Verwaltungsbezirk bezeugt, in welchem ein Landgraf den Landfrieden zu sichern und als höchster Richter zu richten hatte. Dieses Landgrafenamt war ursprünglich ein Reichslehen. Die Landgrafschaft Burgund war in vier Blutgerichtsbezirke unterteilt – die Landgerichte Murgeten, Ranflüh (Emmental), Kollfingen und Zollikofen. Der Umfang des Landgerichts Murgeten entsprach dem Oberaargau.

An Bern fielen auch die kiburgischen Ämter Wangen und Herzogenbuchsee. Bei diesen handelte es sich um Kastvogtei-Ämter über die Propsteien Wangen und Herzogenbuchsee. Dazu gehörte auch das Vogtei-Amt über die Höfe der Ab-

tei St. Blasien in Deitingen und Subingen. Alle waren weltliche Schirmämter über geistliche Institutionen beziehungsweise über deren Herrschaften, verbunden mit der niederen Gerichtsbarkeit, welche die Kiburger stellvertretend ausübten.

Die «Gabe» der Grafen von Kiburg von 1406

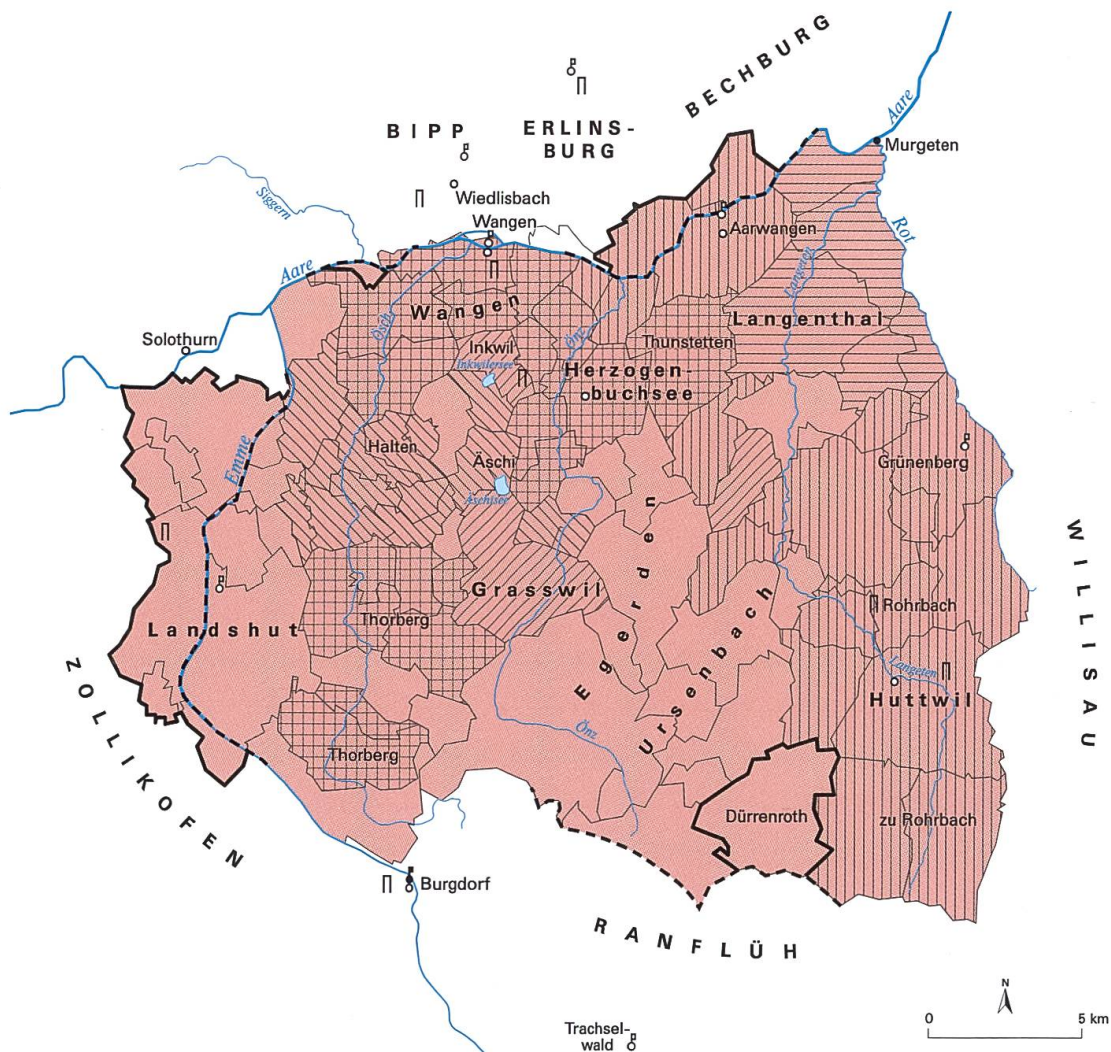
<i>Landgrafenamt in Burgund</i>	In den vier Landgerichten Murgeten und Ranflüh, Konolfingen und Zollikofen
<i>Kastvogteiämter</i>	Schirmherrschaft über geistliche Herrschaften, über die Propsteien Wangen und Herzogenbuchsee

Wie die kartografische Darstellung (Karte 3) zeigt, fiel Bern mit dem Landgericht Murgeten der Anspruch auf den gesamten Oberaargau zu, und zwar in der ursprünglichen Ausdehnung, einschliesslich des Mündungsgebiets der Emme in die Aare, dem heute solothurnischen Wasseramt. Doch was war die «Gabe» der Kiburger und der damit verbundene Anspruch auf den Oberaargau wirklich wert?

Der Vertrag sagt wahrheitsgetreu, dass es sich um die von den jetzigen und den verstorbenen Grafen verpfändeten Lehenämter und verpfändeten Güter handle, konkret: Was Bern von den Grafen fast gratis erhielt, waren nur Anrechte (Titel) zur Wiedereinlösung verpfändeter Lehen, Ämter und Güter. Bern hatte diese folglich erst einzulösen. Unter anderem zahlte es 1407 für die Landgrafschaft Burgund und das Amt Wangen je 2000 Goldgulden an deren Pfandinhaber, die Herrschaft Österreich und die Herren von Grünenberg. Auch scheint Bern damals weitere Niedergerichte eingelöst zu haben, so Ursenbach und Egerden im Bergland und Etziken im Wasseramt.

Was aber fehlte, waren die Eigengüter, das Allod der Kiburger. Von den einst zahlreichen Herrschaften der Kiburger gab es 1406 keine mehr. Sie waren längst verkauft oder an Dienstleute zur Begleichung von Schulden übergeben. Die «Gabe» der Grafen bestand somit aus Anrechten auf öffentliche Ämter im Bereich des Hoch- und Niedergerichts und der Kastvogtei über Propsteien. Einkünfte aus diesen Richterämtern bestanden in der Besoldung des Amtsträgers.

Tatsächlich waren die Einkünfte, die Bern aus dem Landgrafenamt und den Kastvogteien bezog, mehr als mager. Das früheste Einkünfteverzeichnis der Vogtei von 1485 ist eines der kürzesten der bernischen Vogteiverwaltung mit Bussen aus der Hoch- und Blutgerichtsbarkeit, Geldzinsen aus den Kastvogteien, Pachtzinsen aus der Aarefischerei bei Wangen sowie einigen Zinsen und Bussen, die



Landgerichte,
Kiburgische «Ämter»

Landgericht Murgeten

BIPP Landgericht

Wangen Kiburgisches «Amt»

Nichtkiburgische Herrschaften
(Auswahl)

Geistliche Herrschaften

Freiherren von Grünenberg

Stadt Burgdorf

Abtei St. Urban

Herren von Spiegelberg,
vom Stein

Landgerichtsgrenzen
von Murgeten

Um 1400 geltend

alter Verlauf (1409)

Stadt, Markort

Hochgerichtsstätte

Bernischer Vogteisitz

Herrschaftssitz

Karte 3: Die Landgrafschaft Burgund um 1400

Bern später hinzuerworben hatte. Nicht verzeichnet sind Einnahmen aus Zöllen und Geleiten. Und das war es denn auch.

Was sonst das Rückgrat einer Vogteiverwaltung ausmachte, die Grund- und Gerichtsherrschaften – Güter, Niedergerichte, Eigenleute, vielfältige Rechte – und Einkünfte daraus, fehlte. Die einträglichen Herrschaften waren in der Hand der vielen geistlichen und weltlichen Herren des Oberaargaus. Bern hatte als Erbe der bankrotten Grafen daran keinen Anteil.

Was unternahm die Stadt Bern mit der gräflichen «Gabe»?

Die Ämter – das Landgrafenamt und die Kastvogteiämter – und die Einkünfte daraus mussten verwaltet werden. Für Verwaltungen gab es zu dieser Zeit schon Vorbilder beziehungsweise waren neue im Entstehen.

Es gab die Verwaltung von der Stadt Bern aus, wie sie Bern seit Langem in den vier Kirchspielen und neu in den Landgerichten Konolfingen und Zollikofen ausübte, und zwar mit einem stadtbernischen Venner als Landrichter und einheimischen Freiweibern als Verwaltern. Für dieses Modell eignete sich der Oberaargau nicht: Berns Einfluss war zu schwach. Ein Verwalter musste schon selbst im Oberaargau sitzen. Es gab weiter das alte Muster der Herrschaftsverwaltung durch den Adel. An diesem orientierte sich Bern, als es 1408 im Emmental seine erste Vogteiverwaltung einrichtete: Von der neu zugekauften Herrschaft Trachselwald und ihrer Burg aus verwaltete ein bernischer Grossrat als Vogt diese Herrschaft zusammen mit dem Landgericht Ranflüh.

Aber wo im Oberaargau sollte Bern eine Vogtei aufbauen? Es gab keine bernischen Stützpunkte – ausser am Rand des Oberaargaus Burgdorf, wo Bern seit 1384 Stadtherr war. Bezeichnenderweise hören wir in den Quellen nie davon, dass Bern Burgdorfs kiburgische Rolle als Verwaltungszentrum für den Oberaargau wieder aufleben lassen könnte. Zwar stattete Bern das Schultheissenamt Burgdorf Jahrzehnte später (1471–1519) mit Twingherrschaften aus und erhob es zur Vogtei, aber in einer neuen Rolle als kleine Landesverwaltung am Übergang vom Emmental in den Oberaargau. Offensichtlich scheute Bern eine Aufwertung Burgdorfs, das damit der Stadt Bern im Oberaargau eine ernste Konkurrenz hätte werden können.

Im Oberaargau, wo Bern weder auf eine bewährte Verwaltungsstruktur noch auf überliefertes Verwaltungsschriftgut oder auf frühere Beamte abstellen konnte,

weil solches in der kiburgischen Konkursmasse offensichtlich fehlte, musste die Stadt einen neuen Modus für die Landesverwaltung erst finden. Dabei ging sie erstaunliche Wege: Beim Versuch, aus Bruchstücken ein Ganzes aufzubauen beziehungsweise eine leere Hülle mit Inhalten zu versehen, mobilisierte sie alle einschlägigen kiburgischen Traditionen und konstruierte solche auch hemmungslos.

Aus der kiburgischen Konkursmasse war Bern das Städtchen Wangen und die Stadtburg zugefallen. 1408 verlieh Bern dem damaligen Grossweibel und Zimmermeister Heinrich Gruber ein als «Landgrafschaft und Herrschaft Wangen» bezeichnetes Konstrukt. In einem auf 15 Jahre befristeten Vertrag beauftragte Bern den neuen «Vogt von Wangen» als Generalunternehmer und Baufachmann mit dem Aufbau einer Infrastruktur für die von Bern geplante Vogtei – den Ausbau des Wohnturms zum Vogtsitz, Ausbau und Verbesserung der bestehenden Stadtbefestigung, den Bau einer neuen Aarebrücke mit befestigtem Brückenkopf sowie Erneuerung und Unterhalt der Zufahrtswege zum Städtchen, alles in eigenen Kosten. Dafür konnte Vogt Gruber den Grossteil der Einkünfte und Bussen aus dem Landrichteramt behalten. Der modern anmutende Vertrag regelte viele Details bis hin zur Ausstattung des «Sässhauses» (Vogtsitzes), des Wehrgangs und der Aarebrücke, schrieb Baumaterialien vor, die Bern dem Zimmermeister teils zur Verfügung stellte samt Aarefähre und Transportboot. Er regelte sogar den vorzeitigen Krankheits- oder Todesfall des Vogts. Dieser Generalunternehmer-Vertrag blieb in der bernischen Landesverwaltung einzigartig.

Aufbauen musste man nicht nur die bauliche Infrastruktur, sondern ebenso dringend auch die rechtliche. Kiburgische Herrschaftsrechte waren nur brauchstumsmässig mündlich, nicht schriftlich tradiert. Daher ging Bern bereits 1407 an die Kodifikation des im Obergeraargau geltenden Gewohnheitsrechts. Dies geschah in der damals üblichen Form durch Befragung von rechtskundigen Herrschaftsleuten, den «Ältesten», anlässlich von Landtagen. Sie hatten den bestehenden Rechtszustand zu *offnen* (offenbaren, verkünden). Auf diese Weise entstand 1407 das kodifizierte Recht des Hofgerichts Herzogenbuchsee und 1409 die Rechte der Landgerichte Murgeten, Konolfingen und Zollikofen. Diese «Offnungen» (Weistümer) beinhalten die Kompetenzen der Gerichte, den Umfang der Gerichtsbezirke mit zugehörigen Gerichtsstätten und die dem Inhaber der Gerichte zustehenden Herrschaftsrechte – das Recht, zum Landtag aufzubieten und Ordnungsbussen bei Nichterscheinen zu erheben, das Recht auf Wildbann, Vogeljagd, Fundgut und entlaufenes Vieh. Die Offnungen bildeten das rechtliche Fundament, auf dem Bern seine Verwaltung über das Land aufbaute.

Da der Anspruch auf den gesamten Oberaargau einzig auf dem kiburgischen Landgrafenamt beruhte, musste Bern die entsprechende ideologische Legitimation schaffen. Dafür eignete sich die Stadtburg als letzte Grafenresidenz vorzüglich. Bern machte sie zum Zentrum seiner Vogteiverwaltung, deren neue Bezeichnung programmatischer nicht sein konnte: Man nannte sie «Grafschaft Wangen» nach der Burg – dem Grafensitz – und unter Bezug auf das Landgrafenamt, und zwar erstmals 1420, wohl nicht ganz zufällig erst nach dem Tod des letzten Grafen von Kiburg.

Die Vogtei Wangen und ihre Vögte: Bezeichnung und Titel

<i>Um 1408</i>	<i>Um 1420</i>	<i>Ab 1650</i>
Landgrafschaft und Herrschaft Wangen	Grafschaft Wangen	Landvogtei Wangen
Vogt von Wangen	Vogt von Wangen	Landvogt von Wangen oder Amtmann von Wangen

Insgesamt dokumentierte Bern seinen Willen, das mit dem Abtreten der Grafen entstandene Vakuum im Oberaargau zu füllen – als Schutz gegen allfällige Ansprüche der Herzoge von Österreich, deren Freunde und Vertraute nach wie vor im Oberaargau sassen. Berns Rechtsanspruch erstreckte sich daher konsequent auf den gesamten Oberaargau: In Nachfolge der Grafen beanspruchte der «Vogt von Wangen» nunmehr die Hoch- und Blutgerichtsbarkeit über weltliche und geistliche Herrschaften in den Grenzen des alten Landgerichts Murgeten, wozu unbestritten auch das Wasseramt und Biberist gehörten.

Wer waren nun aber die Twingherren im Oberaargau? Die meisten waren kiburgische Dienstleute, Ministerialadel also, die als Lehen- oder Pfandinhaber auf ehemals kiburgischen Herrschaften sassen, darunter die von Mattstetten, von Rohrmoos, von Luternau und von Deitingen. Einige stiegen in Karrieren als städtische Schultheissen ein wie die Herren vom Stein ab dem Äschisee in der Stadt Thun und die Herren von Spiegelberg aus dem Wasseramt in Solothurn. Andere hatten hohe Posten in Österreichs Diensten inne wie die Herren von Thorberg und von Aarwangen, deren Familien um 1400 ausgestorben sind, sowie die um 1400 höchst aktiven Freiherren von Grünenberg. In deren Händen lag damals beinahe der ganze östliche Oberaargau von der Aare bis zum Napf – nämlich ihre Stammlande um ihren dreiteiligen Burgenkomplex Langenstein-Grünenberg-

Schnabelburg in Melchnau, sodann die Herrschaft Aarwangen, die ihnen als Erbschaft zugefallen war; ferner verwalteten sie die Herrschaft Rohrbach-Eriswil im Meieramt der Abtei St. Gallen und waren Stadtherren im Städtchen Huttwil, das ihnen als kiburgisches Pfand gehörte.

Weiter gab es eine Reihe von Twingherrschaften geistlicher Herren: Im Osten war es der Herrschaftskomplex Langenthal-Roggwil-Wynau des Abts von St. Urban, an welche die Twingherrschaften der Johanniter von Thunstetten und der Pröpste von Herzogenbuchsee und Wangen sowie die Herrschaften Koppigen und Ersigen der Kartäuser auf dem Thorberg grenzten. Neu baute sich die Stadt Burgdorf ihre Stellung als Twingherrin im Oberaargau auf. Um 1400 besass sie bereits Rüschelen und Grasswil.

Angesichts der Schwäche des Grafenhauses waren um 1400 die Twingherren, die Grund-, Gerichts- und Leibherren, die eigentlichen Herren im Oberaargau. Und da sie der Stadt Bern nicht durchwegs freundlich gesonnen waren, zumal Bern einigen von ihnen die Burgen gebrochen hatte, musste die Stadt Bern und an ihrer Statt ihr «Vogt von Wangen» die Vogteiverwaltung in adelstreuem und daher in grossenteils feindlichem Umfeld aufbauen. Wahrlich keine leichte Aufgabe.

Diese Ausgangslage – der Vogtsitz in einer kleinstädtischen Stadtborg, dazu magere Einkünfte – hat den Verwaltungs- oder Regierungsstil der Vögte von Wangen nachhaltig geprägt. Keine andere Vogteiverwaltung hatte derart viele gehässige und aggressive Auseinandersetzungen mit der unteren Führungsschicht der Twingherren, keine über Jahre und Jahrzehnte reichende Prozesse um deren Rechte und Einkommen, welche die Vögte kraft «hoher Obrigkeit» als die ihren beanspruchten. Im Grunde blieben die Vögte von Wangen vom Anfang bis zur Auflösung der Vogteiverwaltung Unternehmer, die unentwegt um Vermehrung ihrer Einkünfte stritten, nicht zuletzt auf Kosten anderer. Desgleichen verteidigten die Vögte von Wangen ihr ursprüngliches Territorium mit Zähnen und Klauen gegen die von Bern verordneten Gebietsabtretungen – auch gegen Vogtskollegen.

Um der Gerechtigkeit willen sollen zwei Tatsachen vorweg genommen werden: Beim Vergleich der Situation um 1400 (Karte 3), die den anfänglichen Gebietsanspruch der Vögte von Wangen repräsentiert, mit jener der Landvogtei Wangen des 18. Jahrhunderts (Karte 2) wird ersichtlich, dass mehr als die Hälfte des von Wangen ursprünglich beanspruchten Territoriums verloren gegangen war – im Osten an die Vogtei Aarwangen, im Westen an die Stadt Solothurn und die Vogtei Landshut, im Süden an das Schultheissenamt Burgdorf und an die Vog-

tei Trachselwald. Was aber im 18. Jahrhundert zur Landvogtei gehörte, unterstand dem Vogt von Wangen mindestens zur Hälfte mit voller Gerichtsbarkeit und teils auch mit Grundherrschaften – das war gegenüber der Ausgangssituation eine stark verdichtete Verwaltung.

Verwaltungsaufbau unter dem Zwang zur Konsolidierung bernischer Herrschaft

Angetrieben durch die schlechte Ausstattung ihrer Vogtei, suchten die Vögte von Wangen ihre Einkünfte zu vermehren, das heisst auf einen mit anderen Vogteien vergleichbaren Stand zu heben. Dies geschah stets im Sinn und natürlich mit Hilfe der bernischen Obrigkeit. Oberstes Ziel war die Erwerbung von Twingherrschaften innerhalb der Grafschaft, erstens zur Erweiterung und Konsolidierung der bernischen Herrschaft allgemein, zweitens zur Verringerung des Anteils an nichtbernischen Twingherren, drittens immer in der Absicht, das Vogteieinkommen zu vergrössern. Diesem Ziel waren natürlich Grenzen gesetzt vom Kaufangebot her und wohl auch von der bernischen Finanzkraft. Was aber ins Angebot kam, erwarb Bern nach Möglichkeit selbst oder schob durch Treueverhältnis verpflichtete Käufer vor – Bernburger und die Landstadt Burgdorf. Solchermassen fielen im 15. Jahrhundert, also zwischen 1408 und 1504, bei zwanzig grösseren und kleineren Herrschaften mit Städtchen und ländlichen Gerichtsbezirken an.

Damit waren um 1500, rund hundert Jahre später, viele Obereaargauer Twingherrschaften in bernischer beziehungsweise in berntreuer Hand. Ganz unter bernischem Einfluss standen aber auch die geistlichen Herrschaften – durch Verträge gebunden die Abtei St. Urban, unter bernischer Schutzaufsicht (Kastvogtei) die Kartäuser auf Thorberg und die Pröpste von Wangen und Herzogenbuchsee sowie im Burgrecht verpflichtet die Johanniterkommende Thunstetten. Dagegen zeichnete sich im Wasseramt zunehmende Konkurrenz der Stadt Solothurn ab. Biberist stand ab 1400 unter ihrem Einfluss. In einem spektakulären Kauf erwarb Solothurn 1466 die meisten Niedergerichtsherrschaften im Wasseramt von den Erben der von Spiegelberg und vom Stein.

Die Erwerbung von Twingherrschaften im Oberaargau 1408–1504

Erwerbungen durch Bern

1408	Huttwil	Städtchen mit Gerichtsbezirk (Kauf)
1429	Kirchberg	Städtchen mit Gerichtsbezirk (Kauf)
1432	Aarwangen	Schloss, Marktort und Herrschaft (Kauf)
1443	Grünenberg	erste Hälfte der Herrschaft (annektiert)
1443–1449	Rohrbach-Eriswil	Meieramt der Abtei St. Gallen, im Alten Zürichkrieg besetzt
1480	Grünenberg	zweite Hälfte der Herrschaft (Kauf)
1497	Wynigen	Herrschaft (Kauf)
1504	Rohrbach-Eriswil	Meieramt der Abtei St. Gallen (Kauf)

Erwerbungen Burgdorfs

1394–1435 neun Herrschaften im Oberaargau (Käufe)

Erwerbungen der Bernburger von Ringoltingen

1406–1415 Landshut Herrschaft mit den Twingen Bätterkinden und Utzenstorf (Käufe)

Was aber geschah nun mit den Neuerwerbungen? Jede Neuerwerbung scheint bei den Vögten von Wangen stets wieder die Erwartung geweckt zu haben, dass diese ihrer Verwaltung zugeteilt und ihrer Nutzniessung überlassen würde, zumal das ganze Territorium ihrer Hochgerichtsbarkeit unterstand. Die 1432 erworbene Adelsherrschaft Aarwangen hätte dem bernischen Vogt endlich das ersehnte Einkommen samt standesgemäßem Schloss gebracht. Doch Bern entschied anders und machte Aarwangen zur selbstständigen Vogtei, die Wangen zwar vorderhand hochgerichtlich und militärisch noch unterstellt blieb, aber in der Folge zum Auffangbecken für alles wurde, was in der östlichen Grafschaftshälfte an Twingherrschaften anfiel, angefangen bei den zwei Hälften der Adelsherrschaft Grünenberg, die Aarwangen in den Jahren 1455 und 1480 zur Verwaltung zugeteilt wurden.

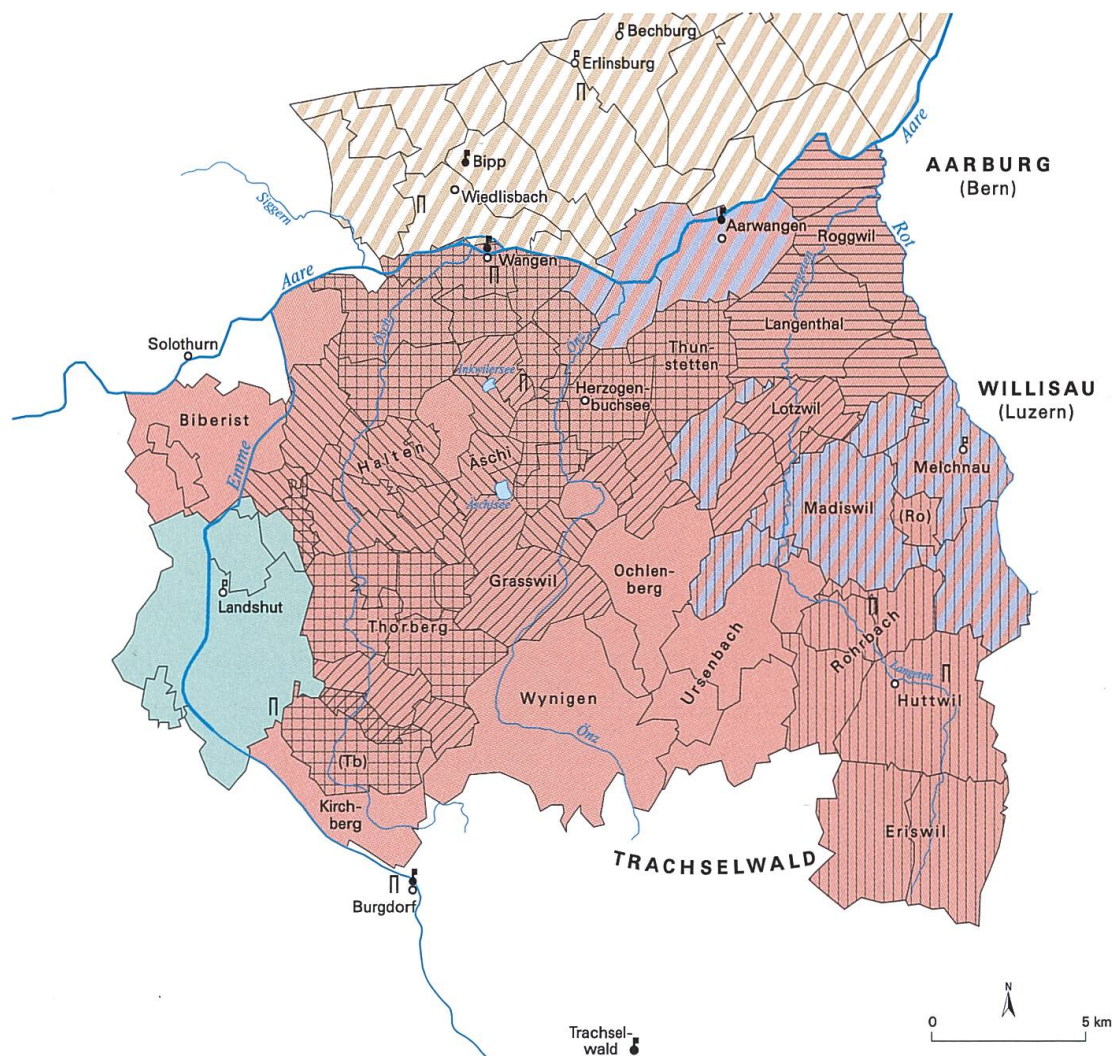
Ähnlich ging es mit den Neuerwerbungen im Südosten der Grafschaft: Trotz Protesten der Vögte von Wangen teilte Bern diese anderen Verwaltungen zu: das Gericht Kirchberg und die Herrschaft Wynigen der neuen Vogtei «Schultheissenamt Burgdorf», das Gericht Eriswil-Wyssachen und das Städtchen Huttwil der emmentalischen Vogtei Trachselwald.

Als Bern 1510/1514 die bernburgerliche Herrschaft Landshut am Westrand des alten Landgerichts erwarb, war von einer Unterstellung unter Wangen nie die Rede. Landshut wurde eine eigenständige bernische Vogtei – in diesem Fall zumindest nicht unerwartet, denn ein Venner aus Bern, nicht der Vogt von Wangen, hatte im 15. Jahrhundert das dortige bernische Blutgericht versehen. Einzig über die Twingherrin Burgdorf erlangten die Vögte von Wangen schliesslich einen kleinen Sieg: Nach langem Streit entschied der bernische Rat 1460, dass Burgdorfs Oberaargauer Twingherrschaften dem Hoch- und Blutgericht des Vogts von Wangen unterworfen seien. Erst ab 1460 anerkannte die Landstadt die Oberhoheit des Vogts von Wangen, obschon die Rechtslage eigentlich von Anfang an hätte klar sein müssen. Der Twingherrenstreit, 1471 im Landgericht Konolfingen ausgebrochen, wurde hier also bereits zehn Jahre früher zugunsten Berns entschieden.

In der Tat dauerte es fast hundert Jahre, bis Bern seiner Vogtei Wangen 1504 endlich auch grundherrschaftliche Einkünfte zuwies – jene der weit entfernten Herrschaft Rohrbach. Damals liess der amtierende Vogt von Wangen den Zuwachs in sein dürftiges Grafschaftsurbar eintragen: *Twing und bann zuo Rorbach, stock und galgenn und das gantz dorff daselbs mit sampt zinsen, zechenden, renten, gúlten und andern nutzung und zuogehörd [...] Rohrbach* behielt allerdings vorerst eine Sonderrolle bei: Es blieb von Wangen bezüglich Steuern, Kriegsdiensten und Frondiensten exempt, marschierte im Kriegsfall mit dem Stadtbanner von Bern und war gerichtlich dem Landtag von Huttwil zugeteilt.

Auswirkungen der Säkularisation geistlicher Herrschaften

Der Gang der Landesverwaltung im Oberaargau liess bereits vor der Mitte des 15. Jahrhunderts erkennen, dass die bernische Obrigkeit mehr im Sinn hatte als nur die Ausstaffierung der Vogtei Wangen zur Megavogtei in den Grenzen des Landgerichts Murgeten. Was für die Vögte von Wangen 1406 mit einem derart grossen Anspruch begonnen hatte, blieb so unrealisiert. Vielmehr war Bern auf die Schaffung neuer Vogtstellen aus: neuer einträglicher, standesgemässer Verwaltungsposten für Grossräte beziehungsweise Aufbesserung bestehender Vogtstellen. Aus dem Territorium Oberaargau bedienten sich die benachbarten Vogteien Burgdorf und Trachselwald, und Aarwangen und Landshut wurden selbstständige Verwaltungskörper.



Grafschaft und Vogteien

- Grafschaft und Vogtei Wangen
- Vogtei Aarwangen
- Bernisch-solothurnische Vogteien Bipp und Bechburg

Herrschaften

- Geistliche Herrschaften
- Erben von Grüenberg
- Stadt Burgdorf
- Abtei St. Urban
- Erben von Spiegelberg, vom Stein
- Landshut

- Stadt, Markort
- ▮ Hochgerichtsstätte
- ♣ Bernischer Vogteisitz
- ♠ Herrschaftssitz

Karte 4: Grafschaft Wangen, Vogteien und Herrschaften im Oberrheingau um 1460

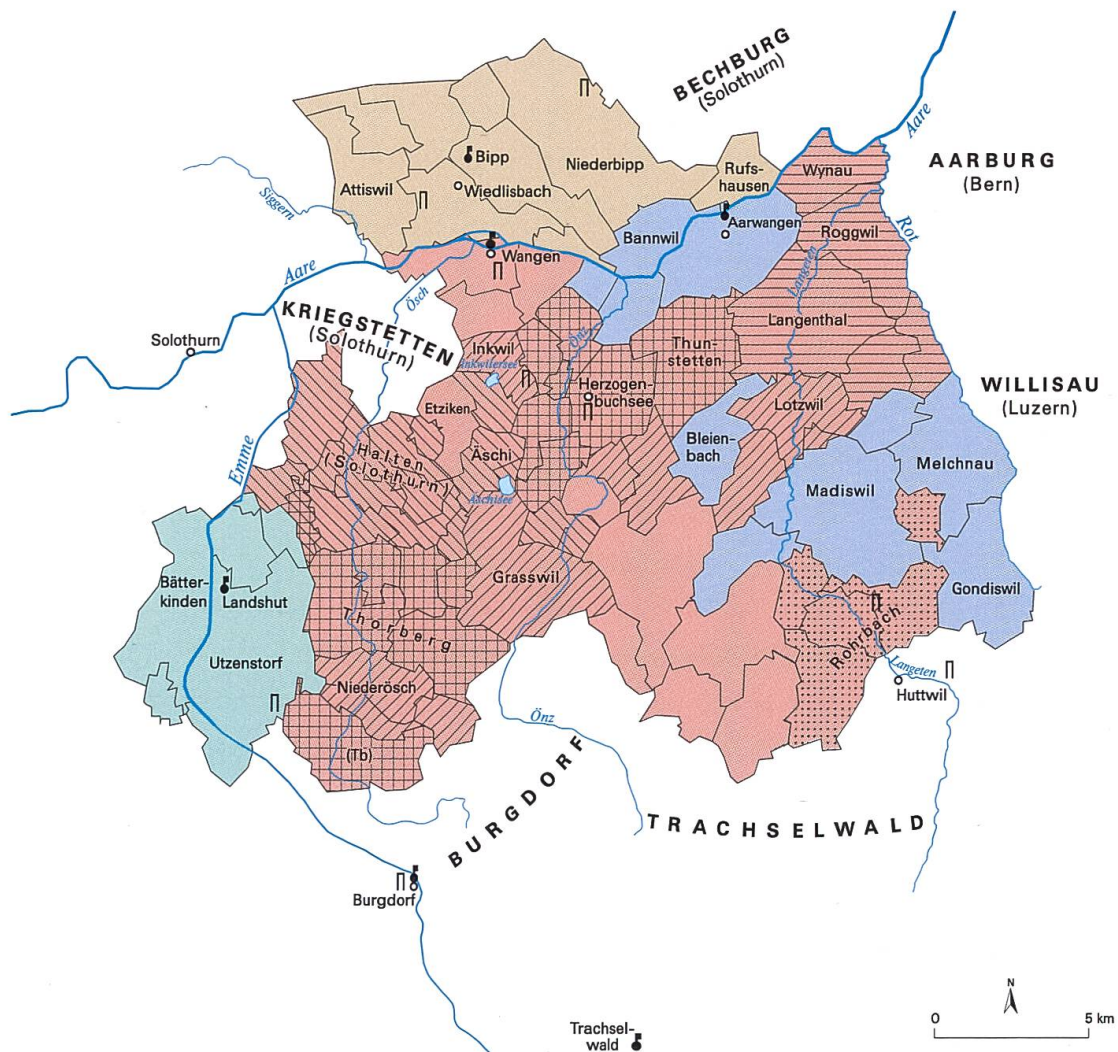
Wenn der «Kunstführer» den ehemaligen Vogtsitz in Wangen – nach der Diktion des 18. Jahrhunderts als «Schloss» bezeichnet – als einen von der Aare her das Städtchen beherrschenden Gebäudekomplex einstufen und dessen Ausstattung als ausgezeichnet loben kann mit dem Zusatz, dass diese «dem Rang der besonders einträglichen Landvogtei entspricht», dann ist dies einzig und allein der Reformation beziehungsweise ihren Folgewirkungen zu danken. Denn noch zu Anfang des 16. Jahrhunderts war die Vogtei Wangen schlecht dotiert, und die Vögte stritten sich kleinlich selbst mit Vogtskollegen, besonders mit dem Vogt von Aarwangen, um Einfluss und Einkünfte.

Tatsächlich war die Aufbesserung der Vogtei Wangen eine Folge der Säkularisation. 1528 wurden die vier geistlichen Herrschaften mit Sitz im Oberraargau säkularisiert: die Propsteien Wangen und Herzogenbuchsee, die Kartause Thorberg und das Johanniterhaus Thunstetten. Nicht betroffen war die Abtei St. Urban mit Sitz im Territorium der Stadt Luzern (Karte 5).

Wohl von Anfang an dürfte das Vorrecht des Vogts von Wangen auf die Propstei Wangen – das Städtchen und sein Kirchspiel – festgestanden haben, denn ab Oktober 1529 sass der Vogt von Wangen in «seiner» Herrschaft Wangen. Aber noch 1578 wurde das Einkommen des Vogts von Wangen als «gering» eingestuft, denn als der bernische Rat im gleichen Jahr die Propstei Herzogenbuchsee der Vogtei Wangen unterstellte, tat er dies «wegen der geringen Besoldung des Amtmanns von Wangen».

Mit Ausnahme also der Propsteiherrschaft Wangen, die der Vogtei als heiss begehrte Grundherrschaft ohne Federlesens inkorporiert wurde, hat der bernische Rat lange gezögert, die übrigen säkularisierten Herrschaften dem «Staatsgut» einzuverleiben. Vielmehr erhielt er sie unter dem Titel von «Schaffnereien» (Thorberg, Herzogenbuchsee) beziehungsweise einer «Statthaltereie» (Thunstetten) ungefähr im alten Umfang aufrecht. Erst rund 50 Jahre später vollzog er die Eingliederung in sein Verwaltungsgefüge: Die Johanniterherrschaft Thunstetten kam 1573 an die Vogtei Aarwangen, die Propsteiherrschaft Herzogenbuchsee 1578 an Wangen, und die Kartäuserherrschaft Thorberg wurde eine eigenständige Vogtei, allerdings ohne Hochgerichts- und Militärverwaltung, die in Koppigen und Ersigen dem Vogt von Wangen verblieb. Weiter teilte der bernische Rat 1580 die St. Urbaner Gerichte Wynau und Roggwil von Wangen an die Vogtei Aarwangen um.

Noch aber kam für die Vogtei Wangen die letzte bittere Einbusse: Im Wasseramt war die Hoch- und Blutgerichtsbarkeit des Vogts von Wangen stets unbestritten, aber die Stadt Solothurn gewann im Wettstreit mit Bern schliesslich die Lan-



Karte 5: Vogteien und Herrschaften im Oberaargau um 1530

desherrschaft: Sie erwarb die wichtigsten Twingherrschaften und brachte Bern dazu, ihr in den Staatsverträgen von 1516 und 1665 die Hoch- und Blutgerichtsbarkeit und alle landesherrlichen Ansprüche abzutreten. Nach 1665 hatte der Vogt von Wangen westlich der damals geschaffenen heutigen Kantonsgrenze Bern–Solothurn, wie Karte 2 zeigt, nichts mehr zu bestellen.

Die Erringung der Landesherrschaft im Oberaargau – stetig, aber mühevoll (Schluss)

Der Aufbau der bernischen Landesverwaltung im Oberaargau stand am Anfang unter wenig günstigen Vorzeichen. Dazu gehörte die allzu schwache, rechtlich wenig und grundherrschaftlich gar nicht abgestützte Position Berns im Oberaargau vor allem angesichts der dort noch vorherrschenden spätmittelalterlich-feudalen Herrschaftsordnung. Bern trat 1406 das Erbe eines bankrotten Grafenhauses an und eine damals seit zwei Jahrzehnten nicht mehr funktionierende Grafschaftsverwaltung. Davon unterschied sich das noch intakte, auf unterschiedlichen Lehnsabhängigkeiten beruhende Herrschaftsgefüge der vielen adeligen und geistlichen Twingherren, mit dem sich die Stadt Bern als Nachfolgerin der Grafen konfrontiert sah. Diese lokale Herrschicht war österreichtreu und der Stadt nicht wohlgesinnt. Und die Herrschaft Österreich stand damals noch fest verankert in unmittelbarer Nachbarschaft im Aargau, oder noch deutlicher: Der Oberaargau lag zwischen der österreichischen Stadt Freiburg im Westen und dem österreichischen Aargau im Osten sozusagen im Würgegriff der Herzoge von Österreich. Diese Konstellation unterschied sich deutlich von jener im Oberland und im Emmental, die schon länger unter einer gewissen Kontrolle durch die Stadt Bern standen.

Der Aufbau einer städtischen Vogteiverwaltung als Ersatz für die nicht mehr existierende adelige Grafschaftsverwaltung mitten in adelstreuem Territorium musste früher oder später zu Auseinandersetzungen mit den feudalen Twingherren führen. Was Bern aber schliesslich vor einem Flop im Oberaargau bewahrte, waren Entwicklungen, die nicht im Vornherein abzusehen waren: Durch die Eroberung des Aargaus nur wenige Jahre später – 1415 – war die Gefahr unmittelbarer Übergriffe auf das Territorium durch die Herzoge von Österreich praktisch ausgeschlossen. Damit war den österreichtreuen Oberaargauer Twingherren

auch die bisherige Rückendeckung genommen. Diese hatten zudem mit wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, teils als Folge der allgemeinen Krise der Grundherrschaft, teils auch weil sie allzusehr in die kiburgische Schuldenwirtschaft verstrickt waren. Wie einst die Grafen, so waren zunehmend auch ihre Dienstleute gezwungen, Güter und Herrschaften zu verkaufen. Hier bot sich der vergleichsweise finanzstarken Stadt Bern die Möglichkeit, ihre Position durch Aufkäufe von Tvingherrschaften und Rechten sukzessive zu verbessern und auszubauen.

Was also zum bernischen Schulwissen gehört hat, dass nämlich Wangen und Aarwangen reiche Erst-Klasse-Vogteien waren, ist zwar nicht falsch, trifft indessen erst auf die Zeit des Ancien Régime zu.

Anhang

Quellen und Literatur

Nachfolgend sollen nur die wichtigsten Titel aufgeführt, im Übrigen soll aber auf die Verzeichnisse in der Rechtsquellenedition verwiesen werden:

- Das Recht im Oberaargau. Landvogteien Wangen, Aarwangen und Landshut, Landvogtei Bipp. In: Dubler, Anne-Marie (Bearb.). Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen (SSRQ). Die Rechtsquellen des Kantons Bern II/10 (1 und 2). Aarau 1999.
- Dubler, Anne-Marie: Die Herrschaften der Stadt Burgdorf im Oberaargau, s. oben Beitrag 3.
- Flatt, Karl H.: Die Errichtung der bernischen Landeshoheit über den Oberaargau. In: Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern 53/1969.
- Niederhäuser, Peter: Adel und Habsburg – habsburgischer Adel? Karrieremöglichkeiten und Abhängigkeiten im später Mittelalter. In: Niederhäuser, Peter (Hg.): Die Habsburger zwischen Aare und Bodensee. Mitteilungen der Antiquar. Gesellschaft in Zürich, 77/2010.
- Morgenthaler, Hans: Beiträge zur Geschichte der Herrschaft Bipp. Bern 1928.
- Rennefahrt, Hermann: Die Ämter Burgdorf und Landshut von 1384 bis 1798. In: Heimatbuch des Amtes Burgdorf und der Kirchgemeinden Utzenstorf und Bätterkinden II. Burgdorf 1938, 105–228.
- Schweizer, Jürg (Bearb.): Die Stadt Burgdorf. In: Die Kunstdenkmäler des Kantons Bern I, 1985.
- Studer Immenhauser, Barbara K.: Verwaltung zwischen Innovation und Tradition. Die Stadt Bern zwischen Innovation und Tradition 1250–1550. Ostfildern 2006.

Abbildungsnachweis

Karten Anne-Marie Dubler (Entwurf), Andreas Brodbeck, Bern (Ausführung)